

Globale Nachhaltigkeitsziele vor Ort umsetzen!

Forderungspapier an die Landes- und Kommunalpolitik für die Legislaturperiode 2019 bis 2022

Die Weltgemeinschaft hat mit der Stimme Deutschlands im Jahr 2015 die Globalen Nachhaltigkeitsziele, die sogenannten ‚Sustainable Development Goals‘ (kurz SDG), verabschiedet.

Die Globalen Nachhaltigkeitsziele enthalten 17 konkrete Ziele, welchen wiederum 169 Unterziele zugeordnet sind. Die Relevanz, Notwendigkeit und Dringlichkeit der Ziele sind mittlerweile weithin anerkannt, auch die Freie Hansestadt Bremen ist seit September 2017 ‚Zeichnungskommune der 2030-Agenda-Resolution‘¹ und hat in ihren entwicklungspolitischen Leitlinien die Bedeutung der Globalen Nachhaltigkeitsziele an mehreren Stellen prominent hervorgehoben².

Die Aufgabe, vor der die Weltgemeinschaft steht, ist die bisherigen Konsum-, Produktions- und Verteilungsmuster grundlegend zu hinterfragen und in einem Prozess der Großen Transformation in nachhaltige Bahnen zu lenken. Die nationale Federführung bei der Umsetzung der Ziele obliegt der Bundesregierung, die in einem Kabinettsbeschluss im Januar 2017 die ‚Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie‘ beschlossen hat. In dem Dokument wird die Bedeutung der Länder und Kommunen für die erfolgreiche Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele hervorgehoben. Um in Zukunft der Verantwortung nachkommen zu können, das Land Bremen anhand der Globalen Nachhaltigkeitsziele zu entwickeln, erwarten die unterzeichnenden Organisationen von der Bremischen Bürgerschaft (Landtag und Stadtbürgerschaft), vom Senat, vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung Bremerhavens Aktivitäten in folgenden Bereichen:

Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen

Für die lokale Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele hat sich als ein erster Schritt das Aufstellen einer Nachhaltigkeitsstrategie bewährt. Elf Länder haben bereits eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, beziehungsweise arbeiten gerade daran.³ Auch die Bundesregierung unterstützt diese Entwicklung:

*Die Bundesregierung würde es daher begrüßen, wenn alle Länder Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln und diese noch stärker an der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie orientieren würden.*⁴

Wir fordern daher

- Einen verbindlichen Beschluss der Bürgerschaft, die den Senat auffordert, eine Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen zu entwickeln.
- Einbeziehung aller wichtigen Stakeholder, wie z.B. Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, in den Prozess der Entwicklung und der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie.
- Orientierung der Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen an der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes, jedoch Offenheit für landespolitische Spezifika und ambitioniertere Zielsetzungen.
- Festlegung von verbindlichen Indikatoren und deren Überprüfung als Teil der Nachhaltigkeitsstrategie (z.B. durch das statistische Landesamt) und regelmäßige Berichterstattung an die Öffentlichkeit über den Umsetzungsstand.



¹ Quelle: <https://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen146.c.298941.de&asl=bremeno2.c.730.de>, abgerufen am 18. Juni 2018

² Quelle: <https://www.lafez.bremen.de/sixcms/media.php/13/Leitlinien-WEB-2015.pdf>, abgerufen am 13. August 2018

³ Quelle: https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/2-alle-sind-Partner/Laender-Kommunen/_node.html, abgerufen am 12. Juni 2018

⁴ Quelle: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, S. 46

Etablierung einer SDG-konformen Steuer- und Haushaltspolitik

Die Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele verpflichtet in besonderem Maße den Globalen Norden. Eine Bearbeitung des Themas in den vordergründig naheliegenden Politikfeldern Umwelt, Soziales und Entwicklungszusammenarbeit wird nicht dazu führen, dass die Ziele erreicht werden. Vielmehr müssen alle Bereiche der Landespolitik und der Landesverwaltung mit einbezogen werden. Eine ledigliche Formulierung als Querschnittsaufgabe wird der Tragweite und Bedeutung des Themas nicht gerecht. Eine sinnvolle Herangehensweise stellt daher die Umsetzung einer SDG-konformen Steuer- und Haushaltspolitik dar.⁵ Tatsache ist, dass es weltweit – nach aktuellem Kenntnisstand – keine SDG-konforme bzw. nachhaltige Steuer- und Haushaltspolitik gibt, die als Blaupause dienen könnte. Aus diesem Grund ist die Schaffung einer SDG-konformen Steuer- und Haushaltspolitik eher ein längerfristiger Prozess und kein schnell zu beschließendes Gesetzesvorhaben. Voraussichtlich wird die Thematik einer SDG-konformen Steuer- und Haushaltspolitik kontroverse politische Debatten nach sich ziehen, denn die bisherigen Profiteure einer nicht-nachhaltigen Gesellschaftsordnung werden ihre hieraus resultierenden Renditen aller Voraussicht nach erhalten wollen.

Wir fordern daher

- Die zentrale Einbindung einer SDG-konformen Steuer- und Haushaltspolitik in die zu erstellende Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Bremen.
- Einen verbindlichen Beschluss der Bürgerschaft, der den Senat auffordert, ein entsprechendes Gesetz zur Umsetzung einer SDG-konformen Steuer- und Haushaltspolitik zeitnah zu verfassen und der Bürgerschaft zur Verabschiedung vorzulegen.
- Bereitstellung der personellen und finanziellen Mittel in der Bremer Verwaltung, um den Prozess der Implementierung einer SDG-konformen Steuer- und Haushaltspolitik erfolgreich umsetzen zu können.
- Einbeziehung aller wichtigen Stakeholder in den Prozess der Entwicklung und der Umsetzung einer SDG-konformen Steuer- und Haushaltspolitik.

Die unterzeichnenden Organisationen unterstützen und beraten die Bremische Bürgerschaft (Landtag und Stadtbürgerschaft), den Senat, den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven gerne bei der Umsetzung dieser Forderungen. Bremen könnte sein Profil als nachhaltiges Bundesland somit weiter ausbauen. Die Aktivitäten in den Bereichen sozial und ökologisch verantwortlicher öffentlicher Einkauf, Fairer Handel und BioStadt Bremen bieten hierfür bereits gute Anknüpfungspunkte.

Bremen, September 2018

Kontakt

Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V. (BeN)
Christopher Duis
Breitenweg 25
28195 Bremen
Tel. 0421 – 69 53 14 53
Fax 0421 - 17 10 16
christopher.duis@ben-bremen.de
www.ben-bremen.de



⁵ Weitere Informationen zu der Idee einer SDG-konformen Steuer- und Haushaltspolitik können in der Publikation des Global Policy Forums gefunden werden:
https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Agenda_2030_und_Haushaltspolitik_Web.pdf

Unterzeichner*innen

- Afrika Netzwerk Bremen e.V.
- Anders-besser-leben e.V.
- BORDA e.V.
- Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V.
- Bremer Friedensforum
- Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz)
- Bremer Jugendring
- CONTIGO Bremen GmbH
- denkhausbremen e.V.
- DGB Bremen Elbe-Weser
- Diakonisches Werk Bremen e.V.
- eco - Agentur für Ökologie und Kommunikation
- esscooltur
- fairtragen GmbH
- Freiheit für die Westsahara e.V.
- Freundeskreis Garten der Menschenrechte
- Gemeinschaftsgarten Ab geht die Lucie, KulturPflanzen e.V.
- Human & Environment e.V.
- Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA)
- Klimahaus Bremerhaven 8° Ost
- KlimaWerkStadt
- Norddeutsche Mission
- Nord-Süd-Forum Bremerhaven e.V.
- Partnerschaft Bremen-Durban e.V.
- Praktische Solidarität International e.V. (PSI)
- REETEC GmbH
- ROLAND-Regional Wirtschaftsring e.V.
- Sozialer Friedensdienst e.V.
- Sportgarten e.V.
- Stadtteulfarm Huchting e.V.
- Stiftung die schwelle
- Verbraucherzentrale Bremen e.V.
- Verein SozialÖkologie e.V.
- Vernetzungsstelle Schulverpflegung im Lande Bremen
- Weltladen Bremen